



An den Grossen Rat

21.5334.02

WSU/P215334

Basel, 7. Juli 2021

Regierungsratsbeschluss vom 6. Juli 2021

Schriftliche Anfrage Oliver Thommen betreffend «Klimafussabdruck-Studie des JSD»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Oliver Thommen dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

Der Regierungsrat der letzten Legislatur hat sich erfreulicherweise entschieden, als Pilotprojekt den Fussabdruck des JSD messen zu lassen und sich konkrete Massnahmenvorschläge für die jeweiligen Emissionsbereiche vorschlagen zu lassen (https://www.regierungsrat.bs.ch/dam/jcr:5870294a-c442-4506-b93adcda02d06cf4/EBP-Bericht_JSD_Klimafussabdruck.pdf). Die Studie kam zum Schluss, dass das JSD für rund 5000 Tonnen CO₂-Äquivalente verantwortlich ist, wobei der Geschäfts- und Pendelverkehr den proportional grössten Anteil hat.

1. Welche Erkenntnis zieht der Regierungsrat aus der Studie und welche Sofortmassnahmen werden ergriffen?
2. Welche Massnahmen insbesondere auch Gesetzesänderungen oder Verordnungsanpassungen plant der Regierungsrat aufgrund der vorliegenden Studie? In welchem Zeitraum?
3. In welchem Zeitrahmen werden die weiteren, in seiner Medienmitteilung angekündigten Studien für die weiteren Departemente erfolgen?
4. Werden ähnliche Studien für weitere öffentliche Stellen, Staatsbetriebe und Institutionen mit staatlichen Delegierten ebenfalls angestrebt und wenn nein, warum nicht?

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Vorbemerkungen

1.1 JSD-Studie und deren Ergebnisse

Die Studie «Der Fussabdruck des JSD – ganz konkret» lieferte erstmals Zahlen zum Ausstoss von Treibhausgasen eines Departements der basel-städtischen Kantonsverwaltung und zeigte auf, dass dabei der Anteil der Mobilität sehr hoch ist. Diese leistet mit knapp 63 Prozent den eindeutig grössten Beitrag zum Klimafussabdruck des Departements, wobei der Geschäftsverkehr und der Pendlerverkehr der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in etwa gleich viel ausmachen. Aufgrund dieser Erkenntnisse sieht sich das Justiz- und Sicherheitsdepartement in seiner bereits eingeschlagenen Strategie zur Elektrifizierung des Fuhrparks bestätigt und wird diese weiter vorantreiben. So prüft die Berufsfeuerwehr der Rettung Basel-Stadt derzeit, ob ihre schweren Einsatzfahrzeuge, die

aktuell noch mit Diesel betrieben werden, durch Fahrzeuge ersetzt werden können, die mit alternativen Antriebstechnologien funktionieren. Die entsprechenden Techniken werden kritisch auf die Tauglichkeit im Feuerwehrdienst geprüft.

1.2 Weiteres Vorgehen

Der Regierungsrat hat am 19. Januar 2021 die Departemente beauftragt, die Durchführung einer ähnlichen Studie zusammen mit dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) zu prüfen. Damit die Methodik auch für andere Dienststellen einfach anwendbar wird, hat das AUE das Beratungsunternehmen Infrac, welches das JSD begleitete, beauftragt, die Methodik weiterzuentwickeln. In Ergänzung zur JSD-Studie werden nun auch beim AUE der Ausstoss an Treibhausgasen ermittelt und die angepasste Methodik geprüft, und zwar sowohl am jetzigen Standort an der Hochbergerstrasse als auch am neuen Standort an der Spiegelgasse. Damit kann auch konkret aufgezeigt werden, welche Bedeutung ein energetisch vorbildliches Verwaltungsgebäude einnimmt. Mit der gleichen Methodik wird zudem auch das Lufthygieneamt beider Basel eine Analyse durchführen. Ziel dieser Folgestudien ist, relevante Treibhausgas-Emissionen in der kantonalen Verwaltung zu ermitteln, um daraus wirkungsvolle Massnahmen ableiten zu können, welche auch für andere Verwaltungsstellen anwendbar sind.

Die Ergebnisse und erste Massnahmenvorschläge werden im September 2021 dem Regierungsrat vorgestellt. Anschliessend wird er über das weitere Vorgehen entscheiden.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Welche Erkenntnis zieht der Regierungsrat aus der Studie und welche Sofortmassnahmen werden ergriffen?*
und
2. *Welche Massnahmen insbesondere auch Gesetzesänderungen oder Verordnungsanpassungen plant der Regierungsrat aufgrund der vorliegenden Studie? In welchem Zeitraum?*
und
3. *In welchem Zeitrahmen werden die weiteren, in seiner Medienmitteilung angekündigten Studien für die weiteren Departemente erfolgen?*

Der Regierungsrat wird die bisherigen Ergebnisse im September 2021 vertieft diskutieren und das weitere Vorgehen beschliessen, also auch die Ausweitung auf die weiteren Departemente besprechen. Die Fragen können daher jetzt noch nicht detailliert beantwortet werden.

4. *Werden ähnliche Studien für weitere öffentliche Stellen, Staatsbetriebe und Institutionen mit staatlichen Delegierten ebenfalls angestrebt und wenn nein, warum nicht?*

Zum jetzigen Zeitpunkt liegt der Fokus auf der kantonalen Verwaltung, also den Departementen mit ihren Dienststellen. Das heutige Ziel zur Reduktion des CO₂-Ausstosses auf höchstens eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr bis 2050 gemäss §2 Abs. 1 Bst. b) Energiegesetz gilt für den ganzen Kanton. Der Regierungsrat erwartet daher auch von den staatsnahen Betrieben deren Beitrag zum Erreichen dieses Ziels. Der Entscheid über die Durchführung ähnlicher Studien obliegt diesen Betrieben. Der Regierungsrat wird ihnen die Methodik zum Messen des eigenen Klimafussabdrucks gern zur Verfügung stellen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

A stylized handwritten signature consisting of a large 'B' and 'J' intertwined.

Beat Jans
Präsident

A handwritten signature in cursive script that reads 'B. Schüpbach-Guggenbühl'.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin